



Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der BV 2

Hauptstr. 85
50996 Köln

Tel. 0221 / 221-92309

Gleichlautend

Frau Bezirksbürgermeisterin
Monika Roß-Belkner
Hauptstraße 85

50996 Köln

Herrn Oberbürgermeister
F.E. Schramma
Historisches Rathaus

50667 Köln

25. April 2009

NEUFASSUNG

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Sitzung der Bezirksvertretung im Stadtbezirk 2 am 11.05.2009

HGK-Vorstand: keine Entlastung von Seiten der städtischen Anteilseigner

Liebe Frau Bezirksbürgermeisterin,
lieber Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen (BV2) am 11.05.2009 zu setzen.

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Rat der Stadt Köln wird aufgefordert, die vom Kölner Rat entsandten Vertreter in den Aufsichtsrat der HGK AG aufzufordern, der nächsten Hauptversammlung der HGK AG zu empfehlen, im Rahmen der Beratung über den Jahresabschluss 2008 den Vorstand die Entlastung zu verweigern.

Ferner wird der Rat der Stadt Köln aufgefordert, den städtischen Vertretern in der Hauptversammlung der HGK AG dazu zu beauftragen, darauf hinzuwirken, dass der Vorstand der HGK AG nicht entlastet wird.

Begründung:

Der HGK-Vorstand hat im Bezug auf die geplante Hafenerweiterung in Godorf wiederholt Öffentlichkeit und Politik falsch informiert:

- Der im Planfeststellungsverfahren getätigten Aussage „Der Hafen Niehl ist voll!“ wurde durch das aktuelle Gutachten der PLANCO Consulting GmbH (Nachweis von Reserveflächen für Containerumschlag in der Größenordnung von über 100.000 qm) klar widersprochen.
- Der unter anderem in der Fragerunde der BV2 geäußerte Hinweis, die „umliegende Industrie“ benötige den Hafenausbau, ist in keiner Weise belegt. Zwar wurde ein

einziges Unternehmen (Basell) konkret benannt, doch widersprach dessen Geschäftsleitung dieser Äußerung.

Solche nicht zutreffenden Informationen haben die Meinungsbildung zugunsten der getroffenen Ausbauentscheidung von Regierungsbehörde und Rat entscheidend im Sinne der HGK AG beeinflusst. Die aufgrund gezielter Fehlinformationen drohende (Fehl-)Investition in mindestens 2-stelliger Millionenhöhe kann weder politisch noch kommunalwirtschaftlich toleriert werden. Daher ist dem HGK-Vorstand bis zur Klärung der umstrittenen Sachverhalte die Entlastung zu verweigern.

gez.

Giesen

Balint

Petschel